

KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG:
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat auf dem EU-Lateinamerikaforum der KAS dazu aufgerufen, die bestehende Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika zu vertiefen.



RECHTSSTAAT:
Das zentrale Anliegen des Rechtsstaatsprogramms in Subsahara-Afrika ist die Unterstützung derjenigen Akteure, die sich dort für Rechtsstaatlichkeit einsetzen.



POLITISCHER DIALOG:
Die KAS trug mithilfe einer Sensibilisierungskampagne zu einem friedlichen Verlauf der Kommunalwahlen in Benin bei.



ENERGIE UND UMWELT:
Das KAS-Büro in Fortaleza nutzte den Weltwassertag, um Politiker und Bevölkerung für die Wasserproblematik zu sensibilisieren.

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
60 Jahre Israel
- Seite 5
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 8
Rechtsstaat
- Seite 10
Medien
- Seite 12
KAS Panorama
- Seite 14
Politischer Dialog
- Seite 18
Demokratie und Entwicklung
- Seite 19
Werte- und Religionsdialog
- Seite 20
Energie und Umwelt
- Seite 22
Menschenrechte
- Seite 23
Neuigkeiten aus der Internationalen Zusammenarbeit
- Seite 24
Neuerscheinungen

SHALOM – 60 JAHRE ISRAEL

Am 8. Mai 2008 feierte Israel den 60. Jahrestag seiner Staatsgründung. Geburtstage bieten nicht nur die Gelegenheit zurückzuschauen, sondern auch die Zukunft in den Blick zu nehmen. Beides bestimmt den Blickwinkel der israelischen Öffentlichkeit in diesen Tagen.

Der Rückblick macht die Israelis vor allem stolz: Wie Tel Aviv geradezu symbolhaft aus ein paar Sanddünen zu einer modernen Großstadt mit einer beeindruckenden Skyline gewachsen ist, so hat sich das Land allen Widerständen zum Trotz zu einem wirtschaftlich florierenden, demokratischen Staat entwickelt. Eines der Erfolgsgeheimnisse liegt sicherlich in einer guten Portion Optimismus – die Israelis warteten von Anfang an nicht erst auf ein politisch gutes Klima und ließen sich von Rückschlägen nicht entmutigen. „Jihijeh beseder“ – am Ende wird alles gut.

Der Anfang war alles andere als einfach. Der UN-Teilungsplan von 1947, mit dem die Zeit nach dem britischen Mandat geregelt werden sollte, sah in Palästina zwei Staaten vor: einen für die Araber und einen für die Juden. Doch noch am



Tzipi Livni, stellvertretende Ministerpräsidentin und Außenministerin, auf der KAS/JCPA-Konferenz zu „60 Jahre Israel“ Jerusalem.

Gründungstag griffen die arabischen Armeen der Nachbarstaaten den gerade erst entstandenen Staat Israel an. Dies war der Auftakt für die Reihe von Kriegen, in denen Israel seit seinem Bestehen sein Daseinsrecht zu verteidigen hatte. Und die Gefährdung hält an. Die Sicherung der Existenz Israels hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Rede zum 60. Jahrestag vor der Knesset daher als „Staatsräson“ für Deutschland bezeichnet.

Fortsetzung Seite 3

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



„60 Jahre Israel“ – nicht nur in Israel, auch in vielen anderen Ländern wurde im Mai dieses Ereignis gefeiert. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Jubiläum von ganz besonderer Bedeutung: vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung unseres Landes ist uns die Sicherung der Existenz des Staates Israel eine essentielle und vornehmliche Aufgabe.

Der Traum des jüdischen Volkes von einer eigenen Heimstatt ist vor sechs Jahrzehnten in Erfüllung gegangen. Nicht aber der Traum vom Frieden. Allein im letzten Jahr hat der anhaltende Konflikt weit über 100 Israelis das Leben gekostet. Dennoch ist es Israel gelungen, einen modernen und wirtschaftlich erfolgreichen Staat aufzubauen. Zudem verteidigt Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten die demokratische Grundordnung in einem weitgehend undemokratischen Umfeld.

Den Stolz auf das Erreichte, die Hoffnung auf Frieden und das besonders freundschaftliche Verhältnis zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland hat die zentrale Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Ausdruck gebracht: „Shalom – 60 Jahre Israel“, fand am 22. April in Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland in Berlin statt. Mehr als 400 Teilnehmer diskutierten dabei engagiert mit israelischen und deutschen Experten.

Wie tief verankert die deutsch-israelischen Beziehungen heute sind, brachte die Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, Hildegard Müller MdB, in ihrem Grundsatzreferat zum Ausdruck. Als beispielhaft nannte sie den Israel-Besuch von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im März. Mit der Einsetzung regelmäßiger Regierungskonsultationen sei ein deutliches Zeichen für einen „Qualitätssprung in den deutsch-israelischen Beziehungen“ gesetzt.

Doch nicht nur auf Regierungsebene, auch im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich ist der Austausch zwischen Israel und Deutschland anhaltend rege und intensiv. So wurde im Jubiläumsjahr das „Deutsch-israelische Jahr der Wissenschaft und Technologie“ ausgerufen und das „Deutsch-israelische Zukunftsforum“ gegründet, das innovative Vorhaben von Schülern, Jugendlichen und Fachkräften aus Medien und Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft fördern soll. Auch für die Konrad-Adenauer-Stiftung rückt die Förderung des Austausches junger Multiplikatoren beider Staaten immer stärker in den Vordergrund. Wir werden durch unsere Arbeit in Deutschland und Israel engagiert daran mitwirken, den Generationenwechsel in den deutsch-israelischen Beziehungen erfolgreich zu gestalten.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Stiftung ist und bleibt die Förderung des friedlichen Miteinanders zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn sowie zwischen Israelis und Palästinensern. Unsere Büros in Jerusalem, Ramallah und Amman arbeiten eng zusammen, um den notwendigen Dialog und die konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Parteien in der Hoffnung auf Frieden zu unterstützen. Diesen Frieden wünschen wir Israel zum 60. Geburtstag von ganzem Herzen!

Berlin, im Juni 2008

Dr. Gerhard Wahlers | Stellvertretender Generalsekretär



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Internationale
Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Helmut Reifeld:
Gesamtkoordination
■ Karolina Ryszka:
Assistenz

■ Dr. Nino Galetti:
Medien, Energie und
Umwelt

■ Dr. Karsten Grabow:
Politischer Dialog

■ Dr. Angelika Klein:
Werte- und Religions-
dialog, Menschenrechte

■ Andrea Kolb:
Demokratie und
Entwicklung

■ Susanna Vogt:
Wirtschafts- und
Sozialordnung

■ Dr. Jan Woischnik:
Rechtsstaat

Kontakt über:

Vorname.Nachname@
kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign,
Köln

Fotos

dpa, Fotolia, KAS

© 2008

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



„Der Staat Israel ist eine Normalität geworden.
Ich bin froh, dass ich in einem Land geboren wurde,
in dem ich bleiben kann.“ (Tom Segev)

60 JAHRE ISRAEL

SHALOM – 60 JAHRE ISRAEL

Fortsetzung
von Seite 1 ►

Das Land muss sich weiterhin schweren Herausforderungen stellen. Die größte liegt wohl darin, Frieden mit allen arabischen Nachbarn und insbesondere mit den Palästinensern zu erlangen. Die Hoffnung, dass mit internationaler Hilfe die Gründung eines in Frieden mit Israel lebenden palästinensischen Staates gelingen könne, besteht weiterhin, auch wenn die Aussichten darauf derzeit alles andere als gut bewertet werden.

Eine besondere Bedrohung für Israel geht vom Iran und seinem Bestreben nach nuklearer Bewaffnung aus. Eine Bedrohung, die Israel jedoch auch mit Europa, den USA und den moderaten arabischen Staaten teilt. Die Aufgabe wird künftig darin bestehen, die Staatengemeinschaft zu einer gemeinsamen Haltung zu bewegen, um eine atomare Aufrüstung des Iran zu verhindern. Eine weitere, innenpolitische Herausforderung ist die Integration der Araber in Israel, die heute nicht nur individuelle, sondern auch kollektive Minderheitenrechte einfordern. Die Verfassungskommission unter Prof. Dr. Menachem Ben Sasson bemüht sich um einen neuen Verfassungsentwurf, der auch diesem Thema Rechnung tragen soll.

Das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem hat im Jubiläumsjahr eine Reihe von Veranstaltungen, die sich diesen zentralen Herausforderungen widmen geplant und zum Teil bereits durchgeführt. Mit dem langjährigen Partner Jerusalem Center for Public Affairs fand eine Tagung statt, auf der sich u. a. die stellvertretende Ministerpräsidentin Tzipi Livni und Oppositionsführer Benjamin Netanjahu zur Zukunft des Landes äußerten. Livni hob die doppelte Verantwortung hervor, für das Existenzrecht Israels einzustehen und gleichzeitig für die Werte zu kämpfen, die Israel mit der demokratischen Welt teile. Netanjahu stellte die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den islamischen Nachbarländern in den Mittelpunkt. Denn nicht vom Islam als solchem gehe Gefahr aus, sondern von seinen radikalen fundamentalistischen Ausprägungen. Netanjahu rief dabei vor allem die moderaten arabischen Staaten dazu auf, mehr gegen den Extremismus zu unternehmen.

In einer weiteren Veranstaltung, an der auch die Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, teilnahm, widmete sich die KAS der Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen. Darüber hinaus war die Integration der arabischen Jugend in Israel Gegenstand einer Diskussion, an welcher sich der zuständige Minister, Ghaleb Majadle – selbst arabischer Isreali – beteiligte.



Treffen im Chagall-Saal der Knesset: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Knesseteabgeordneter David Tal, Dr. Lars Hänsel, links im Hintergrund Knessetpräsidentin Dalia Itzik. David Tal war Teilnehmer an einem Dialogprogramm der KAS im Januar 2008 in Berlin. Als Vorsitzender des Ausschusses für Knessetangelegenheiten war er für die Änderung der Statuten verantwortlich, die Frau Merkel den Auftritt in der Knesset ermöglichen: bisher durften dort nur Präsidenten sprechen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die seit fast 30 Jahren in Israel arbeitet, nimmt vor dem Hintergrund des Erbes von Konrad Adenauer die besondere Verpflichtung für Israel wahr – nicht zuletzt durch einen zukunftsorientierten deutsch-israelischen Dialog, der verstärkt die jüngere Generation miteinbezieht. Im Jubiläumsjahr werden die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft verstärkt thematisiert, um einen nachhaltigen Beitrag dazu zu leisten, dass Israel seine spezifischen Herausforderungen erfolgreich bewältigen kann.

60 Jahre Israel – Mazal tov u behatzlacha!

„Immer noch ist der Gang durch das Brandenburger Tor ein bewegender Moment. Es war ein geteiltes Berlin, in einem geteilten Deutschland, in einem geteilten Europa! Ich brauche die Erinnerung daran, um angesichts der heutigen Gefahren in der Welt neuen Mut zu schöpfen. Ich komme heute nach Berlin, um meinen Optimismus zu stärken. Wer hätte sich das jemals vorstellen können!“ (David Harris, Direktor des AJC)

60 JAHRE ISRAEL

„WIR HABEN VIELE GEMEINSAME ZIELE!“ – 10 JAHRE AJC BERLIN



ZUM EMPFANG DES AMERICAN-JEWISH-COMMITTEE (AJC) IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG ANLÄSSLICH DES ZEHNJÄHRIGEN BESTEHENS DES AJC BERLIN OFFICE

„Das AJC war die erste jüdische Organisation, die nach dem millionenfachen Mord an deutschen und europäischen Juden nach Deutschland kam und im vereinten Berlin eine Dependence eröffnete. Dafür sind wir dankbar!“

Mit diesen Worten begrüßte der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Bernhard Vogel, die amerikanischen Gäste am 12. März in der Akademie der Stiftung. Mehr als hundert Repräsentanten des American Jewish Committee, darunter der Präsident des AJC, Richard Sideman, der geschäftsführende Direktor, David Harris, und die Leiterin des Berliner

Büros, Deidre Berger, folgten der Einladung des Vorsitzenden der KAS, das zehnjährige Bestehen des AJC-Büros in Berlin gemeinsam zu feiern. Prof. Vogel gratulierte dem AJC zu seiner erfolgreichen Arbeit in Deutschland als Forum des Austauschs und des Dialogs. Gleichzeitig wies er auf die vertrauensvolle Partnerschaft mit der Konrad-Adenauer-Stiftung hin, die seit fast drei Jahrzehnten besteht: „Wir haben viele gemeinsame Ziele. Dazu gehören die Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland und weltweit, sowie die Förderung von Demokratie und Menschenrechten.“

Der Kern der Zusammenarbeit ist bis heute das Austauschprogramm. Seit 1980 besuchen jedes Jahr Mitglieder der jüdischen Gemeinden der Vereinigten Staaten die Bundesrepublik; im Gegenzug reisen junge Deutsche in die Vereinigten Staaten, um das jüdische Leben dort kennenzulernen. Der Direktor des AJC, David Harris, unterstrich den Beitrag dieses Programms zur Vertiefung der transatlantischen, aber auch der deutsch-jüdischen Beziehungen allgemein. Besonders aber zeigte er sich darüber erfreut, die Entstehung neuen jüdischen Lebens in Deutschland zu beobachten. Diese neuen jüdischen Gemeinden seien ein bemerkenswertes Ergebnis des Dialogs.



Teilnehmer des KAS-AJC-Austauschprogramms von 1982

„DIE ERSTEN ISRAELIS“

MIT TOM SEGEV IN DIE GRÜNDERJAHRE

Am 21. Mai stellte der israelische Historiker Tom Segev (rechts im Bild) in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin sein Buch „Die ersten Israelis“ vor. Vor rund 300 Gästen schlug er nicht nur einen spannenden, sondern auch persönlichen Bogen von der schwierigen Anfangszeit bis hin zu dem modernen und wirtschaftlich erfolgreichen Staatswesen, das Israel heute ausmacht. Moderiert wurde die Veranstaltung von Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters (Mitte), die Begrüßung übernahm Dr. Hardy Ostry. (links).



Jedes Jahr führt die Konrad-Adenauer-Stiftung Initiativen durch, welche die Versöhnung und Verständigung mit Israel und den Juden weltweit unterstützen. Im Rahmen der Veranstaltung „Shalom – 60 Jahre Israel“ präsentierte die Stiftung ihre wichtigsten Projekte zum Jubiläumsjahr in einer Ausstellung. Zahlreiche Schautafeln, Bildmaterial und Hörbeispiele dokumentierten die Bandbreite ihrer Aktivität im Dialog mit der jüdischen Welt.



Hildegard Müller MdB und Avi Primor, ehemaliger Botschafter Israels in Deutschland, auf der KAS-Veranstaltung Shalom – 60 Jahre Israel“.



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

DEUTSCHLAND, EUROPA UND LATEINAMERIKA –

DIE GEMEINSAME ZUKUNFT PARTNERSCHAFTLICH GESTALTEN

Bilder rechts: Soledad Alvear, Senatorin der Republik Chile und Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Partei Chiles (PDC), und Germán Martínez, Präsident des Partido Acción Nacional de México (PAN) sowie Dr. Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik aus Brüssel, hielten die Impulsvorträge.

Eine Woche vor ihrer Lateinamerika-Reise hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung, der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und des Deutschen Industrie- und Handelskammertags am 8. Mai in Berlin dazu aufgerufen, die bestehende strategische Partnerschaft zwischen Lateinamerika und Europa „mit Leben zu füllen“.

Nach einer Einführung durch den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder MdB, hielt Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel eine Grundsatzrede zu „Perspektiven für eine deutsche und europäische Lateinamerikapolitik“. Dabei betonte sie, dass die Bündelung der Interessen der lateinamerikanischen Staaten eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sei. Merkel unterstrich vor dem Hintergrund des zunehmenden asiatischen Interesses an den Ländern Lateinamerikas: „Als langjährige Partner müssen wir uns anstrengen, dass wir Europäer wichtige Partner bleiben.“ Mit den Chancen, die die Soziale Marktwirtschaft gerade ärmeren Menschen biete, stünden



die Aussichten „für eine gedeihliche Entwicklung dieses spannenden Kontinents“ gut. Die Bundeskanzlerin äußerte ihre Hoffnung auf eine ausgeglichene Handelsbilanz zwischen beiden Kontinenten. Darüber hinaus forderte sie den Ausbau der Zusammenarbeit in Forschung und Lehre und einen verstärkten Austausch von Studierenden und Auszubildenden.

Nach der Präsentation der Lateinamerika-Strategie der CDU/CSU-Fraktion durch ihren außenpolitischen Sprecher Eckart von Klaeden MdB, folgten Panel-Diskussionen zu Fragen der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Neben Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, u. a. Dr. Christian Ruck MdB, entwicklungspolitischer Sprecher, sowie Abgeordneten aus Chile und Mexiko nahmen Vertreter der deutschen und lateinamerikanischen Wirtschaft an dem Forum teil.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG
UND RECHTSSICHERHEIT IN MALAYSIA

Mitglieder der Orang Asli bei einem Seminar zu Landnutzungsrechten in Malaysia

Die Ureinwohner Malaysias (Orang Asli) sehen ihren natürlichen Lebensraum zunehmend bedroht. Zwangsumsiedlungen und Verteilungen sind Ergebnisse einer rücksichtslosen wirtschaftlichen Nutzung der tropischen Regenwälder, die traditionell ihre Heimat bilden. Neben negativen wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen für die Orang Asli hat dies vor allem verheerende Folgen auch für die Umwelt Malaysias.

Das Auslandsbüro der KAS hat sich mit lokalen Partnern dieses Themas angenommen und führt ein bislang einzigartiges Projekt zum Schutz der Ureinwohner, ihrer Rechte und damit auch der Umwelt Malaysias durch. Mittels modernster Satellitentechnologie

(GPS) werden die traditionellen „Ländereien“ erstmalig vermessen und kartografiert. Damit entstehen Landkarten, die als Grundlage zur Registrierung von Landtiteln und der Durchsetzung von Landnutzungsrechten dienen. Erste Erfolge konnten bereits erzielt und entsprechende Landtitel vergeben werden.

Eine Vielzahl von Gruppen der Orang Asli, die traditionell politisch nicht stark organisiert sind, tritt nun selbstbewußter auf und fordert ihre Landrechte ein. Die KAS wird die Orang Asli dabei weiterhin unterstützen und so einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und Rechtssicherheit in Malaysia leisten.

In Anbetracht großer Einkommensungleichverteilung und sozialer Härten wächst in den Ländern Mittel- und Südosteuropas die Bereitschaft zum ordnungspolitischen Dialog.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

ORDNUNGSPOLITISCHE ANSÄTZE IM VERGLEICH

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN MITTEL- UND SÜDOSTEUROPA

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs war in den Ländern Mittel- und Südosteuropas ein Dialog über Wirtschaftsmodelle, die Wachstum und sozialen Ausgleich zu vereinen suchen, nur schwer zu führen. Das Interesse der Transformationsstaaten bestand primär in einer Umorientierung vom planwirtschaftlichen Modell des Ostblocks zu einer marktliberalen Wirtschaftsordnung. Der Aufschluss zur Entwicklung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sollte auf diesem Weg gesichert werden.

Ein Großteil der Länder Mittel- und Südosteuropas hat inzwischen jedoch mit sozialen Härten und starken Einkommensungleichheiten zu kämpfen. Die Gefahr populistischer Tendenzen in der Politik ist in diesem Zusammenhang deutlich angewachsen und hat in einigen Fällen bereits zur Krise des Vertrauens in den Staat geführt. Vor diesem Hintergrund wächst die Nachfrage nach möglichen Orientierungsmodellen wie demjenigen der Sozialen Marktwirtschaft und die Bereitschaft zum ordnungspolitischen Dialog in diesen Ländern ist inzwischen gestiegen. Vom 17. – 19. April

2008 trafen in Danzig Experten, Partnervertreter und Auslandsmitarbeiter der KAS aus sieben mittel- und südosteuropäischen Staaten zusammen, um ordnungspolitische Lösungsansätze und aktuelle Entwicklungen zur Sozialen Marktwirtschaft in der Region zu diskutieren. Das Auslandsbüro der KAS in Warschau und das KAS-Sektorprojekt Globale Wirtschafts- und Sozialordnung führten die Veranstaltung gemeinsam mit dem langjährigen KAS-Partner Institut für Marktwirtschaftsforschung Danzig sowie der Stadt Danzig durch.

Die Fachvertreter aus Estland, Polen, Bulgarien, Kroatien, Belarus, Serbien und der Ukraine betonten die Notwendigkeit eines verstärkten ordnungspolitischen Dialogs mit ihren Ländern und das Interesse am Ausbau der regionalen Vernetzung zum Thema. Im anschließenden Workshop erarbeiteten die Auslandsmitarbeiter der KAS aus Riga, Warschau, Vilnius (Auslandsbüro Belarus), Kiew und Belgrad sowie die Partner und Experten konkrete Ansatzmöglichkeiten für den Dialog der KAS über die Soziale Marktwirtschaft.



www.gdansk.pl

Cátedra Konrad Adenauer
Economía de Mercado con Responsabilidad Social



ITESO 50 años



SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN MEXIKO: DIE CÁTEDRA KONRAD ADENAUER

Die Veranstaltungsreihe „Cátedra Konrad Adenauer“ wird seit einigen Jahren in erfolgreicher Zusammenarbeit vom christlichen Unternehmerverband USEM, der Eliteuniversität ITESO in Guadalajara und der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert. Ziel ist es, ein Forum für die Diskussion des Wirtschaftsmodells Soziale Marktwirtschaft für Unternehmer, Akademiker, Studenten, Gewerkschafter, Politiker, Journalisten und die interessierte Öffentlichkeit zu bieten. Dabei sollen die spezifischen Probleme der mexikanischen Wirtschaft identifiziert und Lösungsvorschläge unter Berücksichtigung der sozialen Verantwortung von Unternehmen, Politik und Gesellschaft diskutiert werden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung trägt durch das Einbringen deutscher Erfahrungen substantiell zu dieser Diskussion bei.

Die Cátedra ist in Guadalajara inzwischen zu einer festen Institution geworden. Sie bringt verschiedene soziale und politische Akteure an einen Tisch. Redner verschiedener Institutionen und Überzeugungen garantieren eine intensive Auseinandersetzung mit aktuellen Themen. Das Interesse der Teilnehmer wird nicht nur durch die durchgehend ausgebuchten Veranstaltungen deutlich, sondern auch durch das Besuchen der Webseite www.cka.com.mx mit allein 62.832 Downloads von Vorträgen im Jahr 2007. Mexiko ist ein Land mit großem wirtschaftlichen Potential, dem allerdings tiefgreifende soziale Probleme gegenüber stehen. Alle Akteure müssen sich ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung bewusst werden und die Cátedra Konrad Adenauer leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.



Tony Blair, Sondergesandter des Nahost-Quartetts, Premierminister Salam Fayyad, PFI-Präsident Bassem Khoury und Thomas Birringer, KAS-Auslandsmitarbeiter in Ramallah.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT FÜR FRIEDEN UND STABILITÄT

QUARTETT-GESANDTER TONY BLAIR UND PREMIERMINISTER SALAM FAYYAD BEI DER KAS

Ein wirtschaftspolitisches Programm des Privatsektors, getragen vom ordnungspolitischen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft: Dieses Ergebnis ihrer langfristigen Kooperation konnten der Palästinensische Industrieverband (PFI) und die KAS Ramallah Anfang Mai gemeinsam der palästinensischen sowie internationalen Öffentlichkeit vorstellen.

Für die Palästinensische Autonomiebehörde nahm Premierminister Salam Fayyad die Agenda des Privatsektors entgegen und sagte deren Implementierung zu. Die internationale Gemeinschaft war durch den Sondergesandten des Nahost-Quartetts, Tony Blair, vertreten. Blair lobte die Initiative des Privatsektors, die pünktlich zur internationalen Investorenkonferenz für die wirtschaftliche Stabilisierung der Palästinensischen Autonomie komme. Führende palästinensische Entscheidungsträger und Repräsentanten aus Indu-

strie, Handel und Wirtschaft diskutierten mit Premierminister Salam Fayyad, Wirtschaftsminister Kamal Hassounah, Kabinettsminister Saadi Al-Krunz und weiteren Regierungsvertretern die Wünsche und Anliegen der Wirtschaft für bessere Rahmenbedingungen.

Seit vielen Jahren bereits engagiert sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in den Palästinensischen Gebieten für deren wirtschaftliche Entwicklung. Dabei sollen die Akteure der Wirtschaft selbst in die Lage versetzt werden, wirksam für ihre Ziele einzutreten. Hintergrund ist die im Rahmen des Regionalprogramms Nahost/Mittelmeer der KAS für die gesamte Region konzipierte Kampagne zur Sozialen Marktwirtschaft als einem Beispiel für die ökonomische Entwicklung des Nahen Ostens und dessen Integration in die Weltwirtschaft. KAS und PFI teilen dabei die Überzeugung, dass nur der freie Wettbewerb die Grundlage für eine erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung sein kann.



Der vietnamesische Vizepremierminister Prof. Dr. Nguyen Thien Nhan mit Dr. Willibold Frehner, KAS-Auslandsmitarbeiter in Hanoi, und Teilnehmern der Konferenz im Gespräch

Vor diesem Hintergrund wächst die Beratungsnachfrage zu alternativen Ordnungsmodellen, die ökologische und soziale Belange mit wirtschaftlichem Wachstum in Einklang bringen können. Das Interesse richtet sich dabei zunehmend auf Europa, das auf eine lange Tradition des wissenschaftlich-politischen Diskurses über eine nachhaltige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zurückblicken kann. Asiatische und europäische Experten zu Wirtschafts- und Sozialfragen sowie Auslandsmitarbeiter der KAS kamen daher Mitte März 2008 im Rahmen einer regionalen Konferenz in Hanoi, Vietnam, zusammen, um ordnungspolitische Fragen

ORDNUNGSPOLITIK IN ASIEN

REGIONALE KONFERENZ ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT IN VIETNAM

Die in der Regel rein wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat in den Staaten Südost- und Ostasiens zu erheblichen sozialen und auch ökologischen Verwerfungen geführt.

für die Region zu diskutieren. Für die (ehemals) staatssozialistischen Länder wie Vietnam und China erweist sich vor allem die Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess nach wie vor als problematisch. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach möglichen Übergangsmodellen in einer Transformationsphase der Wirtschaftsordnung. Die Teilnehmer betonten, dass es nicht möglich sei, zunächst über ein starkes wirtschaftliches Wachstum Wohlstand zu sichern und anschließend eine Umverteilung vorzunehmen. Beide Prozesse griffen eng ineinander und müssten parallel verfolgt werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Eine wichtige Rolle nimmt dabei auch die Zivilgesellschaft ein, die neben Staat und Unternehmen einen bedeutenden Akteur im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsbereich darstellt. Die KAS wird, im Rahmen ihres neuen Programms „Soziale Ordnungspolitik in Asien“ diese Impulse ab dem Jahr 2009 aufgreifen.

In Afrika südlich der Sahara gibt es eine Reihe einflussreicher Akteure, die sich für die Förderung von Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Diesen Personenkreis zu unterstützen und zu vergrößern, ist ein zentrales Anliegen des Rechtsstaatsprogramms in Subsahara-Afrika.

RECHTSSTAAT

RECHTSSTAATSPROGRAMM SUBSAHARA-AFRIKA

Rechtsstaatlichkeit und Verfassungsmäßigkeit sind in Subsahara-Afrika keine Selbstverständlichkeit. In verschiedenen Ländern gibt es keine Verfassungen, die rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechen, und dort, wo es sie gibt, klaffen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit häufig weit auseinander. Die starke Machtstellung der Präsidenten steht in den meisten Ländern der Region einer tatsächlichen Gewaltenteilung auch dann entgegen, wenn eine solche in Verfassungen festgeschrieben ist.

Hoffnung für eine Verbesserung der Situation ist derzeit darin begründet, dass in vielen Ländern eine Rechtsstaatsdiskussion begonnen hat. In Nigeria ist der Versuch des ehemaligen Präsidenten Obasanjo, die Verfassung zugunsten einer weiteren Amtszeit zu ändern, gescheitert. Der Prozess einer Verfassungsreform ist nicht nur in Malawi und Tansania eingeleitet worden. In vielen Ländern wächst der Druck aus der Zivilgesellschaft in Richtung auf mehr Rechtsstaat, Sicherung der Grundrechte und Demokratie. Dies spiegelt sich auch in den Zielen und Erklärungen der Afrikanischen Union (AU) und von NePAD wider.



Arbeitssitzung während der Konferenz über Rechtsstaatlichkeit in Subsahara-Afrika in Mombasa, Kenia, im September 2007.

In immer mehr Ländern erlangen die Gerichte eine zunehmende Unabhängigkeit von der Exekutive. Dies zeigt sich an Entscheidungen gegen Regierungen – nicht nur in Südafrika, sondern auch beispielsweise in Malawi, Sambia, Tansania, Kenia und Uganda. Auch in West- und Zentralafrika gibt es Anhaltspunkte für

solche Entwicklungen. Die Schaffung des Afrikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte (AGHMR) ist eine weitere positive Entwicklung. Im Jahre 2006 sind die 11 Richter dieses Gerichtes ernannt und vereidigt worden, die sich nun auf ihre Aufgaben vorbereiten.

Die Folgen nicht rechtsstaatsorientierten Handelns sind Korruption und Gesetzlosigkeit und, als deren Folgen, fehlende wirtschaftliche Entwicklung und Verarmung. Afrika ist mit großem Abstand der ärmste Kontinent, eine Tatsache, die maßgeblich auf den Mangel an Rechtsstaatlichkeit zurückzuführen ist. Korruption und Gesetzlosigkeit haben in den letzten Jahren immer mehr zu breiter Unzufriedenheit in vielen Ländern geführt. In der Bevölkerung hat sich in der Auseinandersetzung mit den Realitäten schlecht funktionierender staatlicher Institutionen die Überzeugung von der Notwendigkeit eines Staates, und zwar eines funktionierenden Staates, gebildet.

Vor diesem Hintergrund haben eine Reihe von Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft in den letzten Jahrzehnten rechtsstaatsorientierte Überzeugungen entwickelt und diese in ihr jeweiliges Umfeld hineingetragen. Es ist ihnen, unterstützt durch die internationale Gebergemeinschaft, gelungen, viele Institutionen afrikanischer Staaten zu offizieller Parteinahme für Rechtsstaatlichkeit zu veranlassen. Sie sind dabei freilich nicht selten inoffiziellen Restriktionen durch teils umfangreiche nicht-rechtsstaatlich orientierte Teile der jeweiligen Staatsapparate unterworfen. In vielen Institutionen gibt es hinter der offiziellen Kulisse rechtsstaatlicher Rhetorik eine undurchsichtige, für die tatsächliche institutionelle Handlungsorientierung jedoch entscheidende Gemengelage von Rechtsstaatsorientierung und Selbstprivilegierungsmentalität.

Der Bereich Subsahara-Afrika des weltweiten Rechtsstaatsprogramms der KAS versucht, die rechtsstaatsorientierten Personen und die von ihnen beeinflussten Institutionen zu stärken, ihre Aktivitäten zu fördern und ihren Kreis durch Überzeugungsarbeit zu vergrößern, indem er sie vernetzt und mit Informationen

RECHTSSTAAT



und Beratung versorgt. Thematisch befasst sich die KAS mit den Bereichen Menschenrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Umgang mit Gesetzen, sowie regionale Integration.

Zwei- bis dreimal im Jahr werden internationale Konferenzen zu wichtigen rechtsstaatsrelevanten Themen mit übergreifender Bedeutung abgehalten, wie etwa der regionalen Entwicklung des Menschenrechtsschutzes, zu denen Akteure aus ganz Subsahara-Afrika eingeladen werden, die sich dabei auch in Diskussionen und Gesprächen austauschen können. Informationsreisen nach Deutschland, z. B. zum Bundesverfassungsgericht, und in andere Länder werden für entsprechende Berufsgruppen organisiert, um die Arbeit vergleichbarer Institutionen kennen zu lernen. Seminare werden durchgeführt, wie an einer Universität im Kongo, wo ein Doktorandenseminar zu spezifischen rechtsstaatlichen Fragen angehende Funktionsträger in Verwaltung und Justiz rechtsstaatlich sensibilisiert, wie bei einem hohen panafrikanischen Gericht, wo bezüglich komplizierter Zuständigkeitsfragen Expertise eingebracht wird oder wie bei der Rechtsanwaltskammer eines anderen afrikanischen Landes, die über Fragen der Kammerorganisation beraten wird. Des Weiteren werden Veröffentlichungen zu wichtigen rechtsstaatsrelevanten Themen herausgegeben und breitenwirksam zugänglich gemacht.

Mit diesen Maßnahmen leistet die KAS einen kleinen, aber punktuell sehr wirksamen und wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Rechtsstaats in Afrika.

Die Teilnehmergruppe der Konferenz über den Zustand der Rechtsstaatlichkeit in Subsahara-Afrika, Mombasa, Kenia, im September 2007.

RECHTSSCHUTZ, RECHTS- ENTWICKLUNG UND RECHTSSTAATLICHKEIT

Vom 29. März bis 4. April 2008 war eine Delegation von Mitgliedern und Beratern des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments unter Leitung von Klaus-Heiner Lehne, MdEP, Koordinator der EVP/ED-Gruppe des Rechtsausschusses, zu Gast in Indien. Während des von dem Auslandsbüro Indien vorbereiteten Seminar- und Dialogprogramms behandelte die Delegation Fragen der Anwendung des indischen Rechts, der Entwicklung des Wettbewerbsrechts und des Schutzes des geistigen Eigentums. Die Veranstaltungen wurden mit Partnern der Konrad-Adenauer-Stiftung aus den Bereichen der Wirtschaft, des Rechtswesens sowie der Rechtswissenschaft organisiert. Darüber hinaus nahmen die Delegationsteilnehmer an einem außen- und sicherheitspolitischen Fachgespräch mit hochrangigen indischen Experten teil. Ein Gespräch mit dem Staatssekretär des Justizministeriums, Herrn T. K. Viswanathan, und der Besuch einer der größten Anwaltskanzleien Indiens waren ebenfalls Bestandteil des Dialogprogramms.



V.l.n.r.: Lambert Doorn MdEP, Klaus-Heiner Lehne MdEP, Jaroslav Zverina MdEP, Pravin H. Parekh, Vorsitzender der Confederation of Indian Bar und Vorsitzender der Supreme Court Bar Association

Die Medienfreiheit gerät zunehmend in Bedrängnis. Dies ist das Ergebnis des KAS-Demokratiereports, in dem die Entwicklung der Medienfreiheit in 15 Ländern untersucht wird.

MEDIEN

MEDIENFREIHEIT WELTWEIT AUF DEM RÜCKZUG

„Die Berufsausübung von Journalisten wird in Russland immer mehr zum Heldentum.“ Mit diesen drastischen Worten zeichnete der Vorsitzende der „Stiftung für den Schutz von Glasnost“, Prof. Dr. Alexei Simonov, bei der internationalen Konferenz zur Vorstellung des KAS-Demokratiereports Ende April auf dem Petersberg bei Bonn ein düsteres Bild der Medienfreiheit in Russland: Angst vor Repressalien und Einschüchterungsmaßnahmen hätten in vielen Redaktionen zu Selbstzensur geführt.

Mit der Verstaatlichung von Druckereien gebe es eine indirekte Möglichkeit der Zensur, Computerdurchsuchungen seien an der Tagesordnung, mit der Gründung von Parallelstrukturen würden kritische Vereinigungen wie der Journalistenverband untergraben. Simonovs Resümee: „Mit der Freiheit des Wortes in Russland



ging auch die Freiheit der Wahlen verloren.“ Diesen Zusammenhang bestätigten die Teilnehmer der Konferenz. Keine Gesellschaft könne vollständig frei sein ohne eine freie Presse, sagte Suthichay Yoon, Vorstand der thailändischen „Nation Multimedia Group“. Seine Gleichung: „Demokratie ist die Summe von einer freien Gesellschaft, freier Presse und Meinungsfreiheit.“

Auf die übergeordnete Bedeutung einer „strikten Trennung von Staat und Medien“ wies auch Michael Mertes, Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Bundeslandes NRW hin. Die Medien seien ein Bollwerk gegen Machtmissbrauch und würden die entscheidende Vermittlerrolle zwischen Wählern und

Politikern einnehmen. Leider habe sich die Pressefreiheit in den letzten Jahren weltweit verschlechtert.

Denn selbst in Ländern, in denen die Medienvertreter unter eigentlich guten Bedingungen arbeiteten, gebe es Mängel, machte Prof. Dr. Ellen Mickiewicz vom Terry Sanford Institute of Public Policy deutlich. Sie kritisierte in diesem Zusammenhang den zunehmenden ökonomischen Druck auf Zeitungsredaktionen, der zur Folge habe, dass diese ihre Warn- und Kontrollfunktion immer weniger wahrnehmen könnten. Nicht weniger als die „Glaubwürdigkeit der Medien“, so Yoon, stehe hier auf dem Spiel.

Einen Ausweg sehen beide in einem breiteren Informationsspektrum, um in der Folge eine größere Leserschaft zu erreichen. „Unterschiedliche Sichtweisen aller Gesellschaftsschichten müssen abgebildet werden, sagte Yoon. Gleichzeitig müsse dieser Schritt von einem „lebendigen Webauftakt“ begleitet werden. Das Internet werde die entscheidende Bühne für die Rollenwahrnehmung der Medien in einer Demokratie. Yoon verwies auf den immer populärer werdenden Grassroot-Journalismus, wie ihn etwa die Millionen Autoren von Blogs anbieten würden. Das Internet könne immer dann ein Mehr an Demokratie darstellen, so Yoon, wenn klassische Medien sich hiervon inspirieren lassen würden.



Der Demokratiereport 2008 untersucht die Entwicklung der Medien und enthält Detailstudien zum Stand der Medienfreiheit in 15 Ländern in Lateinamerika, Afrika, Asien, Osteuropa und im Nahen Osten. Der Demokratiereport erscheint im Spätsommer 2008.

Eröffneten die Konferenz: KAS-Vorsitzender Prof. Dr. Bernhard Vogel (links) und NRW-Staatssekretär Michael Mertes (Mitte).

Der thailändische Medien-Unternehmer Suthichay Yoon (rechts) sieht im Internet eine wichtige Stütze der Medienfreiheit.

Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Bernhard Vogel wies darauf hin, dass die Stiftung mit u.a. vier regionalen Medienprogrammen und einer Vielzahl von Länderprojekten einen nachhaltigen Beitrag zur Entwicklung und Stabilität der Demokratie in über 100 Projektländern leiste. Dies geschehe etwa durch eine Förderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Medienvielfalt, die Ausbildung von unabhängigen und kritischen Journalisten und einen Ausbau des Netzes zu Medienvertretern weltweit.



Eine Nachwuchsjournalistin erhält ihre Teilnahmebestätigung.

JUNGE JOURNALISTEN FÜR DIE GLOBALISIERUNG WAPPEN

Die Berichterstattung über ökonomische Themen ist ein Kernelement der Medienwelt. Zusammen mit dem International Leadership Institute der United Nations University in Amman organisierte das KAS Regionalprogramm Nahost/Mittelmeer eine Konferenz mit dem Titel „Media in the New Global World Order: Media, Economy & Development“. Nachwuchsjournalisten aus aller Welt, von Südafrika über Bangladesh bis Ägypten, wurden in die Lage versetzt, objektiv und fair über die Globalisierung zu berichten. An die Konferenz schloss sich ein viertägliches Training an, in dessen Rahmen die jungen Journalisten eigenständig in Jordanien recherchierten und ein Magazin produzierten.

INFORMATIONSZUGANG FÜR JOURNALISTEN HINTERFRAGT

Wie schwer ist es für Journalisten, an Informationen zu gelangen? Antworten gibt in Chile das IV. Informationsbarometer („Barómetro de Acceso a la Información“). Untersuchungen dazu führt die „Fundación de la Prensa“ in Chile seit vier Jahren durch. Das KAS-Medienprogramm unterstützte die letzte Studie, die kürzlich in Santiago de Chile vorgestellt wurde. Eines der Resultate: Ministerien und Parteien informieren am schlechtesten – am besten schneiden die Zentralbank und das Wettbewerbsgericht ab.



Die KAS-Studie zeigt, wie schwer es für Journalisten ist, Informationen zu erhalten.

Für die Studie wurden etwa 400 Journalisten aus allen wichtigen chilenischen Medien zu ihren Problemen beim Zugang zu Informationen befragt. Auf diese Weise wurden rund 50 öffentliche und private Institutionen aus Politik und Wirtschaft im Hinblick darauf evaluiert, ob sie Informationen bereitstellen und wie zuverlässig bzw. genau diese Informationen sind. Damit ist das Informationsbarometer ein wichtiger Indikator für den Zustand der Demokratie. Denn der freie Informationsfluss ist ein Mittel für Transparenz und plurale Entwicklung; er erschwert Korruption und begünstigt deren Aufdeckung. Die KAS wird die Untersuchungen im kommenden Jahr auch auf andere Länder Lateinamerikas ausweiten.

SEMINAR ZUR WAHLBERICHTERSTATTUNG

In Georgien offenbarte die Präsidentschaftswahl Anfang Januar deutliche Mängel in der Berichterstattung der Medien. In Vorbereitung auf die georgischen Parlamentswahlen am 21. Mai 2008 führte die KAS daher ein Seminar mit Journalisten durch, das diese im Umgang mit kritischen Fragen der Wahlkampf- und Wahlberichterstattung schulte. Der Moskauer dpa-Korrespondent Ulf Mauder stellte 16 Zeitungs-, Radio- und Fernsehjournalisten aus ganz Georgien die deutsche Praxis der Wahlkampf- und Wahlberichterstattung vor und diskutierte Unterschiede und Gemeinsamkeiten georgischer und deutscher Wähler und Wahlkämpfe.

STRATEGIE-TREFFEN DER KAS-MEDIENEXPERTEN

Anlässlich der Vorstellung des KAS-Demokratie-reports trafen sich die Leiter der regionalen KAS-Medienprogramme zu ihrem jährlichen Strategie-Workshop. Bei den Gesprächen wurde deutlich, dass in den unterschiedlichen Regionen der Welt mit ähnlichen Problemen konfrontiert werden. Die Gefährdung der Medien-Freiheit durch Propaganda, Korruption oder die Bedrohung kritischer Journalisten sind globale Phänomene.



V.l.n.r.: Dr. Nino Galetti (Koordinator der Medienprogramme), Werner vom Busch (Leiter Medienprogramm Asien), Dr. Karla Sponar (Leiterin Medienprogramm Lateinamerika), Dr. Dirk Förger (Leiter Medienprogramm Südosteuropa), Frank Windeck (Leiter Medienprogramm Subsahara-Afrika)

Ausgewählte Veranstaltungen

KAS-PANORAMA



AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** 1 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro) 5 Venezuela, Caracas 6 Kolumbien, Bogotá 7 Ekuador, Quito 8 Peru, Lima 9 Bolivien, La Paz 10 Chile, Santiago de Chile 11 12 Brasilien, Fortaleza (Regionalprogramm Medien) | **EUROPA UND NORDAMERIKA** 15 USA, Washington 16 Großbritannien, London 17 Belgien, Brüssel (Europabüro) 18 F. russland) 24 Polen, Warschau 25 Tschechische Republik, Prag 26 Slowakische Republik, Bratislava 27 Ungarn, Budapest 28 29 Russische Föderation, Mos. (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) 33 Kroatien, Zagreb 34 Bosnien und Herzegowina, Sarajevo 35 Serbien, Belgrad 36 Republik Mazedonien, S. 40 Nigeria, Abuja 41 D.R. Kongo, Kinshasa 42 Südsudan, Yei 43 Uganda, Kampala 44 Tansania, Dar Es Salam 45 Kenia, Nairobi (Auslandsbüro und Region) 49 Namibia, Windhuk | **NORDAFRIKA/NAHOST** 50 Marokko, Rabat 51 Tunesien, Tunis 52 Ägypten, Kairo 53 Israel, Jerusalem 54 Autonome Gebiete, Kasachstan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprojekt Zentralasien) 60 Afghanistan, Kabul 61 Pakistan, Islamabad 62 Indien, Neu Delhi 63 64 VR China, Phnom Penh 71 Malaysia, Kuala Lumpur 72 Singapur, Singapur (3 Regionalprogr.: Politik, Medien und Recht) 73 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta



Der politische Dialog dient dem Meinungsaustausch, der Friedenssicherung und schafft Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

POLITISCHER DIALOG

JUGEND AUS LATEINAMERIKA IM GESPRÄCH MIT DER BUNDESKANZLERIN

Gemeinsam mit ihrem peruanischen Partner „D-CADA-Ciudadano“ hat die KAS zum V. EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel mehrere Veranstaltungen für Nachwuchspolitiker und gesellschaftspolitisch engagierte Jugendliche aus Lateinamerika durchgeführt.

Höhepunkt war das „Politische Frühstück“ mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 17. Mai. Eine gute Stunde hatte sich die Bundeskanzlerin Zeit genommen, um mit den Teilnehmern zu sprechen. Sie unterstrich dabei auch die Bedeutung der strategischen Kooperation mit Lateinamerika für Europa. Beeindruckt zeigten sich die Jugendlichen von der Ernsthaftigkeit, mit der die Kanzlerin auf die Teilnehmenden der Frühstücksrunde einging. In dieser Form hatten sie noch nie eine Begegnung mit einem Spitzenpolitiker erlebt. Dass die Kanzlerin von ihnen eine politische Einschätzung erfragte und „nachhakte“, wenn sie genauere Informationen wünschte, war für die Teilnehmer eine ganz besondere Erfahrung.

Zuvor fand bereits ein internationales Jugendforum statt. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Eckart von Klæden, stellte dabei die Lateinamerika-Strategie seiner Fraktion vor. Er unterstrich, dass der euro-atlantische Einfluss zukünftig nicht mehr so groß wie heute sein werde. Aus diesem Grunde müssten sich sowohl Europa und Lateinamerika auf ihre Partnerschaft, gemeinsamen Werte und kulturellen Bindungen besinnen. Das „neue“ Lateinamerika mit seinem zunehmenden Identitätsbewusstsein kombiniert mit hohem Wirtschaftswachstum würde in Deutschland und Europa noch zu wenig zur Kenntnis genommen.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, betonte auf dem Forum die Bedeutung der Menschenwürde und des Rechtsstaates für die Entwicklung und Festigung der Demokratie. Rechtsstaatliche Grundsätze gälten auch für die Bekämpfung der Feinde der Demokratie, eine klare Ansage an Lateinamerika, wo bei der Verfolgung von Terrorismus und Kriminalität oft rechtsstaatliche Nor-



Ein Teilnehmer des Jugendforums übergibt Prof. Pöttering die Ergebnisse des Workshops.

men missachtet würden. Prof. Pöttering warb für regionale Integration als Garant für Frieden und Entwicklung. Europa sei nicht Lehrmeister Lateinamerikas, könne aber Anhalte und Erfahrungen vermitteln, wie der Prozess der Einigung vollzogen werden kann, betonte er. Die europäische Seite forderte Pöttering auf, nicht zu vergessen, wie lange und schwer der Weg der europäischen Einigung war, wenn man von anderen Regionen Integration erwarte.

1. ADENAUER-FORUM IN BUKAREST

Der rumänische Staatspräsident Traian Basescu sprach auf dem ersten Konrad-Adenauer-Forum zur Europäischen Politik in Bukarest zum Thema „Die Sicherheit Rumäniens nach dem NATO-Gipfel“. Er zog eine durchweg positive Bilanz des Gipfels von Anfang April. Die Ergebnisse entsprächen den Sicherheitsinteressen Rumäniens. Zwar hatte Rumänien für eine schnelle Aufnahme der Ukraine und Georgiens plädiert, der Präsident betonte jedoch, diese Unterstützung stelle keine feindselige Haltung gegenüber Russland dar. Mit dem Forum startete die KAS in Rumänien eine Veranstaltungsreihe, mit der Europathemen in die öffentliche Diskussion eingebracht werden sollen. Das erste Forum stieß auf großes öffentliches Interesse. Allein drei rumänische Fernsehkanäle übertrugen die Veranstaltung live, vier weitere Kanäle berichteten ausführlich.



Staatspräsident Traian Basescu und Holger Dix, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Rumänien, auf dem KAS-Forum

KAUDER IN LATEINAMERIKA

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung besuchte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, in Begleitung des stellvertretenden Vorsitzenden der KAS, Anton Pfeifer, und der Abgeordnete Andreas Schockenhoff, Ingrid Fischbach und Enak Ferlemann Anfang April Mexiko und Brasilien.

Höhepunkt des Aufenthalts in Mexiko war ein Gedankenaustausch mit Präsident Felipe Calderon über das deutsch-mexikanische Verhältnis, die Verantwortung beider Länder im aktuellen internationalen Panorama sowie die Perspektiven des bevorstehenden EU-Lateinamerika-Gipfels in Lima. Diese Aspekte wurden auch beim Gespräch mit Mexikos Außenministerin Patricia Espinosa vertieft. Die intensiven bilateralen Beziehungen zwischen der CDU und Mexikos Regierungspartei PAN bildeten den Hintergrund eines ausgedehnten Dialogs mit dem PAN-Vorsitzenden German Martinez.



Volker Kauder wird vom mexikanischen Staatspräsidenten Felipe Calderon Hinojosa begrüßt.

Der zweite Teil der Reise führte die Delegation nach Rio de Janeiro und Brasilia. Während in Rio Gespräche mit der Deutsch-Brasilianischen Handelskammer auf dem Programm standen, wurde der Aufenthalt in Brasilia für Regierungs- und Parlamentskontakte genutzt. Im Mittelpunkt stand dabei ein Gespräch mit dem brasilianischen Staatspräsidenten, Luis Inácio Lula da Silva, und seinem Außenminister, Celso Amorim. Weitere Gespräche mit Abgeordneten, Vertretern der Bundesjustiz, Parteien und Think Tanks rundeten das Besuchsprogramm ab.

POLITISCHER DIALOG

NEUER THINK TANK IN KOLUMBIEN GEGRÜNDET

KAS FÜHRT INTERNATIONALES KONSORTIUM AN

Programme statt Personen, Konzepte statt Rhetorik: Das sind Ziele der Gründung eines neuen Think Tanks in Kolumbien. In Zeiten einer parlamentarischen Krise im Land, die geprägt ist von immer mehr Enthüllungen über Verbindungen von Politikern mit Paramilitärs, will die KAS mit ihren Partnern ein Zeichen setzen und politische Inhalte in den Vordergrund stellen. Damit soll das Vertrauen in die demokratischen Institutionen des Landes, besonders in die Arbeit der Parteien und des Parlaments, wieder gestärkt werden.

Nach monatelangen Verhandlungen wurde unter Moderation der KAS der neue Think Tank Corporación Pensamiento Siglo XXI am 23. April in Bogotá aus der Taufe gehoben. Der Vorsitzende der Konservativen Partei Kolumbiens, Efraín Cepeda, lobte das Projekt als ein wichtiges Zeichen zur richtigen Zeit, um sich den politischen Herausforderungen Kolumbiens zu stellen. Er dankte für das Vertrauen der internationalen Partner in seine Partei und unterstützte die Vision einer unabhängigen und professionellen Denkfabrik als langfristigen Beitrag zu einer stärker programmatisch ausgerichteten

Parteilpolitik. Unterstützt wird der Think Tank auch vom International Republican Institute (IRI), dessen Präsident Lorne Craner bei der Eröffnungsfeier aus den USA angereist war. Darüber hinaus haben andere internationale Organisationen bereits Interesse gezeigt, die Arbeit des Think Tanks zu unterstützen. Auch die Hanns-Seidel-Stiftung ist auch Teil dieser Allianz.



Der Vorsitzende des Partido Conservador, Efraín Cepeda, auf der Gründungsveranstaltung des Think Tanks am 23. April 2008 in Bogotá.

Die neue Institution geht aus der gleichnamigen Vorläuferorganisation Corporación Pensamiento Siglo XXI, die bereits 2004 mit Unterstützung der KAS gegründet wurde, und der Academia del Pensamiento Conservador y Humanista der Konservativen Partei hervor. Unter einem gemeinsamen Dach und mit gebündelten Ressourcen sollen nun wissenschaftliche Analysen und strategische Politikberatung im konservativen Spektrum Kolumbiens mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz erhalten.

POLITISCHER DIALOG

JAHRESTAGUNG DER UPADD-PARTEIEN WESTAFRIKAS

Vom 23. bis 25. April 2008 trafen sich in Niamey, der Hauptstadt des Niger, die Parteien Westafrikas der „Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement“ (UPADD) zu ihrer Jahrestagung, die gemeinsam mit dem Regionalprojekt Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt wurde.

Die Delegationen aus dem Senegal, Benin, Togo, Burkina Faso, Niger, Mali und der Elfenbeinküste diskutierten u. a. über Stand und Probleme der politischen Dezentralisierung in der Region. Hohe Analphabetenraten, ein Mangel an gut ausgebildeten Kandidaten für die Besetzung öffentlicher Ämter, Spannungen zwischen formal demokratischen Kommunalverfassungen und traditionellen Clan-Strukturen sowie Defizite in der finanziellen Ausstattung der Kommunen stellten nach Ansicht der Delegierten die größten Herausforderungen für die angestrebte Dezentralisierung dar. Zum Abschluss der Konferenz riefen die UPADD-Parteien die Regierungen der Region zu mehr Engagement auf, um die Bedingungen für kommunale Selbstverwaltung und politischen Dezentralisierung zu verbessern.



UPADD-Konferenz in Niamey, v.l.n.r.: David Robert, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Benin; Bernhard Ehui, PDCI, Elfenbeinküste; Hama Amadou, Vorsitzender von UPADD Westafrika; Joseph Gnoulonfou, Generalsekretär UPADD Westafrika.



Teilnehmer des diesjährigen Windhoek-Dialog-Treffens.

10. WINDHOEK-DIALOG: DEKLARATIONEN ZU SIMBABWE UND ANGOLA

Vom 1. bis 3. Mai 2008 fand in Zusammenarbeit mit der Robert-Schuman-Stiftung und der KAS der 10. Windhoek-Dialog statt. Die inzwischen seit zwölf Jahren stattfindende internationale Konferenz stellt eine Plattform für Abgeordnete der EVP/ED-Fraktion im Europaparlament sowie Entscheidungsträger afrikanischer Parteien der Mitte, welche sich 1996 in Windhuk zu dem Netzwerk „Union of African Parties for Democracy and Development“ (UPADD/UAPDD) zusammengeschlossen haben, dar.

Der 10. Windhoek-Dialog, der vom Vorsitzenden der gemeinsamen Parlamentarischen Versammlung von EU und der Staatengruppe afrikanischer, karibischer und pazifischer Länder (AKP), Michael Gahler MdEP, und dem UPADD-Vorsitzenden Isaias Samakuva geleitet wurde, verabschiedete eine Deklaration zu Simbabwe und den Wahlen vom 29. März 2008. Bedauert wird, dass Gewalt und Einschüchterungen vor den Wahlen nicht förderlich für freie und faire Wahlen gewesen seien. Durch die Bekanntgabe des Ergebnisses erst 32 Tage nach den Wahlen sei die Glaubwürdigkeit des Resultats in Frage gestellt. Die Zusammensetzung des neu gewählten Parlaments drücke den Wunsch des simbabwischen Volkes nach Veränderung aus. Betont wird das Recht der neuen parlamentarischen Mehrheit in Simbabwe, respektiert zu werden und ihrer verfassungsmäßigen Aufgabe nachkommen zu dürfen. Die simbabwische Regierung solle internationale, regionale und lokale Wahlbeobachter für die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen zulassen. Die Teilnehmer des Windhoek-DIALOGS forderten zudem, dass neben EU-Wahlbeobachter weitere internationale Beobachter zu den Wahlen nach Angola eingeladen werden.

Jugend in der Politik: Teilnehmer des Workshops in Battambang.



POLITISCHER DIALOG

JUGEND IN DER POLITIK

PILOTPROJEKT IN DER PROVINZ BATTAMBANG IM NORDWESTEN KAMBODSCHAS

Politik in und durch Jugendorganisationen der verschiedenen Parteien: das gehört in Deutschland zum politischen Alltag – nicht so in Kambodscha. Damit Jugendliche ihre Belange in der Partei besser artikulieren und jugendpolitischen Themen eine Stimme verleihen können, veranstalteten die KAS, die kambodschanische NRO Buddhism for Development (BfD) und die Jugendorganisation der schwedischen Christdemokraten (KDU) im April 2008 im Trainingszentrum von BfD in Battambang mehrtägige Workshops für jugendliche Mitglieder der drei im Parlament vertretenen Parteien CPP, FUNCINPEC und SRP.

Derartige politische Programme sind selten. Zwar sind auch in Kambodscha Jugendliche in den verschiedenen politischen Parteien tätig. Eigenständige Jugendorganisationen im deutschen oder europäischen Sinne, mit eigenem Selbstverständnis und eigenen politischen Konzepten gibt es jedoch erst in Ansätzen. Dies gilt auch für die Inhalte der Jugendpolitik. Es gibt zwar ein Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Der Jugend ist es bislang jedoch nicht möglich, ihre Belange über die Jugendorganisationen der Parteien einzubringen.

Das allgemeine Niveau der Schul- und Universitätsausbildung ist nach deren völliger Zerstörung durch die Roten Khmer noch sehr niedrig. Deshalb mangelt es vielen jungen Menschen an theoretischem Hintergrundwissen und an fundamentalen Voraussetzungen für konstruktive politische Arbeit. Die Teilnehmer des Workshops „Jugend und Politik“ hatten unterschiedliche Bildungshorizonte und politische Biografien. Gemeinsam war ihnen jedoch eines: die Hoffnung und Erwartung, mehr Kenntnisse über Politik und über politische Arbeit zu erwerben, um einmal selbst in der Politik Akzente setzen zu können.

Hier setzte das Programm der KAS, von BfD und KDU an. Mehrere Tage arbeiteten die Veranstalter mit den Jugendlichen u. a. zum Aufbau und Struktur von Jugendorganisationen. Die Teilnehmer identifizierten jugendspezifische Probleme und entwarfen Parteiprogramme. Die Veranstalter versuchten auch, die Teilnehmer zu motivieren, unterschiedliche Meinungen zu entwickeln und diese miteinander zu diskutieren. Das Projekt soll in Kürze „in Serie“ gehen. Ziel ist, dass Politik von und für Jugendliche(n) zur politischen Realität gehört.

PLAKATE ZUR WAHLENSIBILISIERUNG

Das Verhältnis von Regierungslager und Opposition war vor den Kommunalwahlen in Benin extrem gespannt und die Stimmung im Land angeheizt. Gemeinsam mit der Partnerorganisation SOS Civisme trug die Konrad-Adenauer-Stiftung daher zu einem friedlichen Verlauf der Kommunalwahlen bei. Plakatwände mit eingängig illustrierten Botschaften warben, wie hier in Abomey, für Toleranz und einen friedlichen, demokratischen Wettstreit der politischen Konkurrenten.



Wiederaufbau braucht Demokratie,
Demokratie braucht Bildung.

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG



*Ravindra Kumar,
Redakteur und Geschäftsführer von
The Statesman in
Kalkutta, Prof. Dr.
Beate Neuss*

BILDUNG ALS ZENTRALES ELEMENT DER ENTWICK- LUNGSZUSAMMENARBEIT

Bildung ist nicht nur ein Menschenrecht und eine zentrale Voraussetzung für ein Leben in Selbstbestimmung. Bildungsdefizite sind vor allem in Entwicklungsländern ein entscheidender Hemmfaktor für die wirtschaftliche, soziale, politische und ökologische Entwicklung der Menschen. Darüber hinaus bilden sie eine der Hauptursachen für Armut, soziale Instabilität und schlechte Regierungsführung. Aber auch im Hochschulbereich und in der Wissenschaftskooperation will die KAS Entwicklung fördern. Deshalb besuchte im März dieses Jahres Prof. Dr. Beate Neuss, stellvertretende Vorsitzende der KAS, Indien. Um die Wissenskooperation zwischen Indien und Deutschland zu fördern, warb sie in Neu Delhi, Chennai, Mumbai und Pune für das Stipendienangebot der KAS. Sie besuchte sieben der großen Universitäten Indiens, darunter die Jawaharlal Nehru University, die Delhi University, die Jamia Millia Islamia und das Indian Institute of Technology Madras.

Mit der gleichen Intention reiste Prof. Dr. Beate Neuss auch in die Mongolei weiter, wo sie u.a. die Ehrenurkunde des mongolischen Parlaments und den „Freiheitsorden“ vom Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Elbegdorj, als Auszeichnung für die erfolgreiche Arbeit der Stiftung entgegennahm. Nach dem Vorbild der Politischen Bildung in Deutschland hat die KAS in der Mongolei seit 15 Jahren ein Netzwerk von regionalen Bildungszentren aufgebaut. Zukünftig wird sich die KAS verstärkt um den politischen Nachwuchs kümmern, da ein Generationswechsel in der Politik bevorsteht.

PROJEKT ZU FRAUEN- FÖRDERUNG STARTET IN SIMBABWE

Inmitten der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise setzt die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Arbeit in Simbabwe fort. Im April startete ein von EU und BMZ gefördertes Projekt zur Armutsbekämpfung durch Aus- und Fortbildung von Frauen in ländlichen Gebieten, das die Stiftung und ihr langjähriger Partner Self Help Development Foundation (SHDF) gemeinsam durchführen. Die Beteiligung von Frauen auf lokaler Ebene in den Provinzen Midlands und Matabeleland soll hiermit gestärkt werden.

KAS NIMMT ARBEIT IN DER ELFENBEINKÜSTE WIEDER AUF



Nach sechs Jahren Bürgerkrieg befindet sich die Elfenbeinküste endlich in einem Friedensprozess. Um diesen zu begleiten, hat die KAS ihre Aktivitäten in dem derzeit noch geteilten Land wieder aufgenommen. Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im November 2008 bildeten sich Mitglieder der

KAS-Partnerorganisation SOS Civisme und Radiojournalisten im März zu Wahlrechtsfragen fort. Anschließend wurden Radiosendungen zur Wahlsensibilisierung produziert, die im Vorfeld der Abstimmung ausgestrahlt werden und zu einem friedlichen und transparenten Verlauf der Wahlen sowie einer hohen Wahlbeteiligung beitragen sollen.

Im Jahr 2002 waren die Veranstaltungen in der Elfenbeinküste, die im Rahmen des Programms zur Politischen Bildung in Westafrika von Benin aus organisiert wurden, aufgrund des Bürgerkriegs ausgesetzt worden. Das Friedensabkommen von Ouagadougou 2007 sieht neben der Demobilisierung der Truppen und der Integration der Rebellen in die Nationale Armee eine Volkszählung zur Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen vor.

Vom 17. – 18. März fand in Tiflis, Georgien, zum ersten Mal ein regionales Dialogtreffen zwischen der Orthodoxen Kirche und der EVP/ED-Gruppe im Europaparlament statt. Die KAS unterstützte die Veranstaltung unter dem Vorsitz von Marian-Jean Marinescu, stellvertretender Präsident der EVP/ED-Gruppe, und Metropolit Emanuel, Erzbischof von Frankreich und Repräsentant des Ökumenischen Patriarchen gegenüber der Europäischen Union.

An den Gesprächen über die politische Lage in der Region und Einflussmöglichkeiten spiritueller Führer auf gesellschaftliche Entwicklungen beteiligten sich auch Vertreter der armenisch-apostolischen, katholischen und lutherischen Kirche, sowie der muslimischen und jüdischen Gemeinden und politischen Repräsentanten aus Georgien, Armenien und Aserbaidschan.

Die Territorialkonflikte um Abchasien, Südossetien und Nagorno-Karabach stellen gegenwärtig das größte Hindernis für den Frieden und eine stabile, demokratische Entwicklung im Südkaukasus dar. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften legen jedoch ein beeindruckendes Zeugnis friedlichen Zusammenlebens ab. Die KAS will im Rahmen des Regionalprogramms Politischer Dialog Südkaukasus dazu beitragen, die diesem Zusammenleben zugrundeliegenden Werte in den südkaukasischen Gesellschaften im Sinne einer „Kultur für den Frieden“ zu verbreiten.

V.l.n.r.: Katja Plate, KAS-Auslandsmitarbeiterin, Metropolit Emmanuel, Vertreter des Ökumenischen Patriarchen, Marian-Jean Marinescu MdEP und Paolo Licandro MdEP



Durch politische Bildung und interreligiösen Dialog zu einer „Kultur für den Frieden“.

WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG

POLITISCHE BILDUNG FÜR IMAME

Neue Veranstaltungsreihe der KAS Ägypten

Vorbeter (Imame) spielen in muslimischen Gesellschaften eine wichtige Rolle. Sie erfüllen nicht nur seelsorgerische Aufgaben, sondern schlichten in familiären Konflikten, helfen bei persönlichen, finanziellen und beruflichen Problemen und sind einflussreiche politische und gesellschaftliche Multiplikatoren. Als Meinungsmacher haben sie in Ägypten meist mehr Autorität als Schulen, Universitäten und sogar die Familie. Damit sind sie oft überfordert. Umso erstaunlicher ist es, dass es in Ägypten keine Bildungsangebote gibt, die auf die Bedürfnisse von Imamen zugeschnitten sind.

Die Politikwissenschaftler Abdul Monem Al-Mashat und Kamal Menoufy setzen hier an. Mit dem von ihnen Anfang 2008 gegründeten Cairo Center for Civic Education and Development und der Konrad-Adenauer-Stiftung Ägypten haben sie eine Workshopreihe zu Fragen der politischen Bildung entwickelt, die sich speziell an ägyptische Imame richtet. Der erste dieser Workshops fand im März in der

„Salah Ed-din-Moschee“ in Kairo statt. Fünf Tage lang diskutierten die Teilnehmer mit Wissenschaftlern und Experten über Globalisierung und Menschenrechte, Reformpolitik, die Rolle der Frau und nicht zuletzt über Idee und Praxis interreligiöser Verständigung. Darüber hinaus wurden Trainingsmodule für Rhetorik, Konfliktlösung, Diskussionsführung und Medienarbeit angeboten.

Die KAS erschließt in diesem Programm eine in Ägypten neue und keineswegs einfache Zielgruppe. Offenheit, Kenntnisstand und Diskussionsbereitschaft der Teilnehmer waren dennoch erfreulich. Dies weckt Hoffnung auf eine Generation weltoffener und moderater Geistlicher in Ägypten und darüber hinaus.

Landeskundliche Schulungen für Imame

Auch in der Türkei hat die KAS Schulungen für Imame durchgeführt. In Zusammenarbeit mit dem Präsidium für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet) wurden Imame, die für vier Jahre nach Deutschland gehen, von deutsch-türkischen Dozenten über Politik und Wirtschaft, Kultur und Religion in Deutschland informiert. Dabeistanden insbesondere die Themen Integration und Islam im Vordergrund.

KAS UNTERSTÜTZT DIE EINFÜHRUNG DES RELIGIONSUNTERRICHTS IN RUSSLAND

Der Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Russische Föderation, Dr. Lars Peter Schmidt, wurde im April von Metropolit Kyrill, dem Leiter des Kirchlichen Außenamtes der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK), im Moskauer Danilow-Kloster empfangen. Der Metropolit würdigte die Zusammenarbeit mit der Stiftung in den vergangenen Jahren und zeigte sich an der Erweiterung der Kooperation mit der KAS interessiert.

18 Jahre nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft sind die Kirchen in Russland wieder gut besucht. Christlicher Glaube und Werte erleben eine Renaissance. Religion soll wieder ein fester Bestandteil des Unterrichts in russischen Schulen werden. Metropolit Kyrill und Lars Peter Schmidt vereinbarten, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung in diesem Vorhaben der ROK beratend zur Seite steht.



Die Konrad-Adenauer-Stiftung fördert den Diskussionsprozess über nachhaltige und umweltverträgliche Konzepte im Zusammenhang mit der Fußball-WM 2010 in Südafrika.

www.kas.de

ENERGIE UND UMWELT

GREENING 2010 – ANSTOSS FÜR EINE GRÜNE FUSSBALL-WM IN SÜDAFRIKA

Mit dem Projekt Greening/Green Goal 2010 unterstützt die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit der NRO „Sustainable Energy Africa“ (SEA) die Implementierung nachhaltiger Umweltmaßnahmen im Kontext der Fußball-WM 2010.

Für die Realisierung dieses Projekts vereinbarten KAS und SEA eine Zusammenarbeit mit der Provinz Western Cape und der Stadt Kapstadt. Dabei war es das Ziel, im Rahmen einer fünfteiligen Workshopserie, die zwischen August 2007 und März 2008 stattfand, einen „Green Goal 2010 Action Plan“ zu erarbeiten, der mit dem zur Verfügung stehenden Haushalt von Kapstadt abgestimmt und damit realisierbar ist. Eine besondere Herausforderung für die Konrad-Adenauer-Stiftung war es dabei, die themenorientierte Zusammenführung der zuständigen Departments der Provinz und der Stadt zu erreichen. Vor dem Hintergrund der Einparteiendominanz der südafrikanischen Regierungspartei ANC ist Kapstadt die einzige Metropole, die von einer Koalition aus Oppositionsparteien regiert wird.

Mitte März organisierte die KAS im Haus der südafrikanischen Fußballvereinigung den Abschluss-Workshop. Neben dem lokalen Organisationskomitee der FIFA und der UNDP, waren die neun bei der WM gastgebenden Städte einbezogen. Von deutscher Seite nahmen Vertreter des Öko-Instituts und der Südafrikanisch-Deutschen Außenhandelskammer sowie von GTZ, KfW und InWent teil. Wie bei der gesamten Veranstaltungsserie war das zuständige Umweltministerium vertreten. Bei diesem zweitägigen Workshop ging es vor allem darum, das Konzept für Kapstadt vorzustellen, den Planungsstand der übrigen Gastgeber-Städte zu erfahren und eine einheitliche Kommunikationsstrategie auszuarbeiten.



Der 160 Seiten umfassende Aktionsplan ist seit kurzem fertig gestellt und wird im Juni während der landesweiten Umweltwoche von der Bürgermeisterin von Kapstadt, Helen Zille, und der Ministerin für Umwelt und Tourismus der Provinz Western Cape, Tasneem Essop, der Öffentlichkeit vorgestellt.

Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert informiert sich über den Vorbereitungsstand der Fußball-WM 2010.

Auch der stellvertretende Vorsitzende der KAS, Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert, informierte sich bei seinem Besuch in Kapstadt im April über den Vorbereitungsstand der WM. Einer Führung durch das im Bau befindliche Sea Point Stadium schloss sich eine Präsentation von Greening 2010 an.

Mit dem Projekt Greening/Green Goal 2010 leistet die Stiftung einen wesentlichen Beitrag dazu, den Diskussionsprozess über nachhaltige und umweltverträgliche Konzepte im Zusammenhang mit der WM 2010 voranzubringen und die verantwortlichen Akteure aus der Zivilgesellschaft und öffentlichen Institutionen zu beteiligen. Mit dem „Green Goal 2010 Actionplan“ liegt ein konkreter Handlungsrahmen exemplarisch vor, der die Grundlage für eine nachhaltige WM 2010 sein kann.





WELTWASSTERTAG 2008 – BÜRGERBETEILIGUNG UND WASSERMANAGEMENT

Seit 1993 findet jedes Jahr am 22. März der Weltwassertag statt. Er soll auf die Bedeutung des Wassers hinweisen und daran erinnern, dass 1,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Das KAS-Büro in Fortaleza (Brasilien) nutzte auch in diesem Jahr den Weltwassertag, um das Bewusstsein politisch Handelnder und der Bevölkerung für Wasserfragen zu sensibilisieren.

Unter dem Motto „Bürgerbeteiligung bei der Überwachung und Bewirtschaftung des Wassers“ führte die KAS Veranstaltungen durch, die sowohl die städtische als auch die ländliche Sicht der Wasserproblematik genauer beleuchteten und konkrete Handlungsmöglichkeiten durch gesellschaftliches Engagement vorstellten sowie praktische Tips zur Wassernutzung gaben. So präsentierte die KAS etwa das „Projekt für Wasser- und Umweltentwicklung“ (PRODHAM) vor, das den Bürgern im brasilianischen Bundesstaat Ceará zeigt, wie sie kleine Wasserbecken in ihren Kommunen selber verwalten und damit zur Regenerierung der natürlichen Wasserreserven beitragen können.



Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist für schätzungsweise 1,2 Milliarden Menschen nicht gewährleistet.

Daneben organisierte die KAS gemeinsam mit dem Kooperationspartner „Cearah Periferia“ eine Fotoausstellung über das Hochwasser vom März 2004. Die Fotos verdeutlichen, dass das Thema Wasser viele Facetten hat: Neben der schwierigen Frage der Trinkwasserversorgung stellt sich das Problem immer stärkerer Regenfälle und Unwetter, die Wohnräume von Menschen zerstören und durch Epidemien wie Dengue- und Gelbfieber die Gesundheit der Bevölkerung gefährden. Die Stadtverwaltungen und Stadtplaner sind auch in dieser Hinsicht beim Thema Wasser besonders herausgefordert. Es geht nicht nur um Wasserversorgung, sondern ebenso um die Abwasserproblematik und die Ausstattung urbaner Räume, um Unwettern standzuhalten.



CHINA: STRATEGIEN FÜR KLIMAWANDEL UND ENERGIEVERSORGUNG

Wer über den Klimawandel diskutiert, kann China nicht ignorieren. Als zweitgrößter Emittent von CO₂ nach den USA kommt der Volksrepublik bei der Reduzierung von Schadstoffemissionen eine Schlüsselrolle zu. Damit verknüpft ist die Frage der Energieversorgungssicherheit. Die weltweite Verknappung der Rohstoffe geht mit dem derzeit ungebändigten Ressourcen hunger Chinas einher. Auf Einladung der KAS diskutierten Klimaschutzexperten und politische Entscheidungsträger aus China und Deutschland im April in Peking, inwieweit gemeinsame Lösungsstrategien für die künftigen Herausforderungen möglich sind.

ZUKUNFT DER ENERGIE- VERSORGUNG IN ÄGYPTEN

Ägypten gehört zu den Entwicklungsländern mit stark steigendem Energiebedarf. Diskussionen über Kernkraftwerke und erneuerbare Energien gewinnen deshalb immer stärker an Bedeutung. Gemeinsam mit dem Think Tank des ägyptischen Kabinetts diskutierte die KAS in Ägypten auf einer internationalen Fachkonferenz die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Energiepolitik für das Land am Nil. Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass die Potentiale erneuerbarer Energien künftig besser ausgeschöpft werden sollen.



Joachim Pfeiffer
MdB, Energie-
Koordinator der
CDU/CSU-Fraktion,
erläutert die deutsche
Energiepolitik.

„Wer frei ist, hat die Pflicht, für die Freiheit derer einzutreten, denen Freiheit vorenthalten ist.“
(aus dem Grundsatzprogramm der CDU)

MENSCHENRECHTE

„MENSCHENRECHTS- SCHUTZ DER ASEAN- CHARTA UMSETZEN!“

So lautete das Motto des 15. Menschenrechtskolloquiums der Beratungsinstitute und Menschenrechtsorganisationen der ASEAN Länder vom 30. April bis 2. Mai 2008 in Manila. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit acht Jahren Hauptpartner des Institute for Strategic and Development Studies (ISDS) bei dieser Veranstaltung.

In seiner Eröffnungsrede betonte Enrique Manalo, Außenstaatssekretär der Philippinen, die große Bedeutung, die sein Land einem besseren Schutz der Menschenrechte in der Region beimisst. ASEAN, die Gemeinschaft der südostasiatischen Länder, hat sich in Artikel 14 ihrer am 20. November 2007 verabschiedeten Charta verpflichtet, eine regionale Institution dafür zu errichten. Manalo wies aber auch auf den Problemfall Burma hin, das ebenfalls Mitglied der ASEAN ist.



V.l.n.r.: Prof. Hermann Kraft (Exekutivdirektor ISDS), Prof. Carolina Hernandez (Präsidentin ISDS), Holger Haibach MdB, Enrique E. Manalo (Staatssekretär des Äußeren, Philippinen), Dato' Seri Mohamed Jawahr Hassan (Präsident Institute of Strategic and International Studies, Malaysia), Clauspeter Hill, KAS

Demgegenüber stellte Holger Haibach MdB, zugleich stellvertretender Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages, die europäische Menschenrechtspolitik dar und bezeichnete eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen ASEAN und der EU als wünschenswert. Ferner sollten die Parlamente der ASEAN-Länder mehr Verantwortung übernehmen und sich schrittweise vom Prinzip der Nichteinmischung verabschieden, um gegen Menschenrechtsverstöße in einzelnen Mitgliedsstaaten vorgehen zu können.



V.l.n.r.: Henri Bohnet, KAS-Auslandsmitarbeiter, Emir Dobjani, Ombudsmann der Republik Albanien, Günter Nooke, Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung, Ixhet Memeti, Ombudsmann der Republik Mazedonien

FÜR MENSCHENRECHTS- BEAUFTRAGTE IN MAZE- DONIEN UND ALBANIEN

STUDIEN- UND DIALOGPROGRAMM DER KAS

Menschenrechtsbeauftragte gibt es in den Ländern des Balkan erst seit den neunziger Jahren. Ihre Bedeutung jedoch nimmt zu – aufgrund der andauernden Transformationsphase und multikulturellen Struktur spielen die „Ombudsmänner“ Albaniens und Mazedoniens für die Erfüllung der europäischen Menschenrechtsstandards eine zentrale Rolle.

Die KAS hat die Menschenrechtsbeauftragten beider Länder nach Berlin eingeladen, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, das deutsche Modell des Menschenrechtsschutzes kennenzulernen. Umgekehrt sollten deutsche Entscheidungsträger auf die Situation der Menschenrechte in Albanien und Mazedonien aufmerksam gemacht werden. Der Beauftragte der Bundesrepublik für Menschenrechtspolitik, Günter Nooke, machte dabei deutlich, dass für einen effektiveren Menschenrechtsschutz in allen Ländern gleiche Standards herrschen müssen – sowohl in Deutschland und den USA als auch in China oder auf dem Balkan. Die Rolle der Menschenrechtsbildung als präventive Maßnahme hob er dabei besonders hervor. Die Diskussion machte deutlich, dass beide Länder des Westbalkans ernsthafte Bemühungen unternehmen, diesbezüglich westliche Standards durchzusetzen.

„QUO VADIS – CUBA“

„Transitionszenarien nach der Ära Castro“ war der Titel einer gemeinsamen Tagung der Robert-Schuman- und der Konrad-Adenauer-Stiftung am 13. und 14. Mai in Brüssel. Unter Beteiligung von CDI-Kopräsident Vicente Fox und Vize-Vorsitzender der EVP/ED-Fraktion Jaime Mayor Oreja diskutierten Menschenrechtsorganisationen mit Vertretern der exilkubanischen Regierung. Das Ergebnis war einhellig: für eine Bewertung des Kurses von Raúl Castro ist es noch zu früh. Eine Veränderung der europäischen Haltung bedarf eindeutiger Signale gerade in Fragen der Menschen- und Bürgerrechte, die bisher aber nicht erkennbar sind.

V.l.n.r.: Vicente Fox Quesada, CDI-Kopräsident; Jamie Mayor Oreja, stellvertretender Vorsitzender



der EVP/ED-Fraktion im Europäischen Parlament; Hans-Hartwig Blohmeyer, Teamleiter Lateinamerika KAS Berlin

Mit Projekten in über 100 Ländern engagiert sich die KAS weltweit für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

NEUIGKEITEN AUS DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

NAMEN UND GESICHTER:



MICHAEL DÄUMER

- Ist ab Juni Leiter des Auslandsbüros in Amman/Jordanien.
- War zuvor Auslandsmitarbeiter der KAS in Madrid/Spainien.
- Kontakt: michael.daeumer@kas.org.jo



DR. STEFAN GEHROLD

- Ist ab Juli 2008 Leiter des Auslandsbüros in Dakar/Senegal.
- Leitete zuvor die Auslandsbüros in Zagreb/Kroatien und in Prag/Tschechische Republik.
- Kontakt: stefan.gehrold@kas.de



BRITTA GUTSCHMIDT

- Ist ab August 2008 Trainee in Jakarta/Indonesien.
- Leitete zuvor den Arbeitskreis Entwicklungspolitik der Bonner CDU.
- Kontakt: britta.gutschmidt@kas.de



DR. GEORG EICKHOFF

- Ist ab August Leiter des Auslandsbüros in Caracas/Venezuela.
- War zuvor als persönlicher Referent von Kultusministerin Dr. Annette Schavan in Baden-Württemberg tätig und bekleidete vier Jahre lang das Bürgermeisteramt der Stadt Aulendorf.
- Kontakt: georg.eickhoff@kas.de



ANNA REISMANN

- Ist ab August 2008 Trainee für das Länderprogramm Ukraine.
- War zuvor als Praktikantin in der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit in Berlin und im KAS-Auslandsbüro in Costa Rica tätig.
- Kontakt: anna.reismann@kas.de



REINHARD WESSEL

- Ist ab September Leiter des Auslandsbüros in Zagreb/Kroatien.
- War zuvor als pädagogischer Mitarbeiter der KAS-Verbindungsstelle Berlin und in der Hermann-Ehlers-Akademie tätig, deren Leitung er später übernahm; zuletzt war er Bildungswerksleiter der KAS in Bremen.
- Kontakt: reinhard.wessel@kas.de

NEUERSCHEINUNG: CONSTITUTIONALISM IN SOUTHEAST ASIA

Clauspeter Hill/Jörg Menzel, Singapur April 2008 (Bd. 1: Verfassungstexte südostasiatischer Länder; Bd. 2: Monographische Einführungen zu den Verfassungsordnungen; Bd. 3: Übergreifende Themen des Verfassungsrechts – erscheint im September 2008).



Diese dreibändige Publikation enthält die Verfassungen von zehn südostasiatischen Ländern (Bd. 1). Dies ist ein bedeutender Fortschritt angesichts der Tatsache, dass es in einigen Fällen bislang keine englische Version der jeweiligen Landesverfassung vorhanden war oder die Verfassung international überhaupt nicht erhältlich war. Beispielsweise bedurfte die Verfassung von Laos der sprachlichen Überarbeitung, wohingegen die Verfassung Kambodschas erst übersetzt werden musste. In diesen Fällen handelt es sich um die erste Veröffentlichung des Verfassungstextes in gründlich überprüfter englischer Übersetzung. Der zweite Band enthält einführende Beiträge zur Verfassungsgeschichte und den wesentlichen Strukturelementen der Verfassungsordnungen für die jeweiligen Verfassungen. Da die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Verfassungsrecht in den Ländern Laos, Kambodscha, Vietnam, Brunei, Ost-Timor bislang gar nicht oder nur schwach ausgeprägt und einschlägige Literatur nur begrenzt vorhanden ist, bietet die Publikation für das eine oder andere Land die erste systematische Einführung in seine Verfassungsordnung. Im dritten Band, der im September 2008 erscheinen wird, werden beispielhaft übergreifende Fragen des Verfassungsrechts eingehender – teilweise rechtsvergleichend – diskutiert.

Insgesamt macht die Veröffentlichung die gestiegene Bedeutung des Verfassungsrechts in dieser Region deutlich. Dank umfangreicher Literaturhinweise dient sie sowohl der Lehre als auch der weiteren vergleichenden Forschung auf diesem Gebiet.

Ein weiteres Novum dieser Veröffentlichung ist, dass sie die Verfassungstexte aus zehn südostasiatischen Ländern, die einführenden Beiträge sowie Aufsätze zu Einzelthemen (Bd. 3) nebeneinander und in einer Publikationsreihe bietet.

INT – ONLINE

Alles Wissenswerte rund um die Internationale Zusammenarbeit der KAS

<http://www.kas.de/international/>





AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



PARTEIEN UND PARTEIENKOOPERATIONEN DER KAS IN LATEINAMERIKA

Die Broschüre versammelt Beiträge, die von den Auslandsmitarbeitern der KAS in Lateinamerika auf einer Fachkonferenz im Oktober 2007 in Santiago de Chile präsentiert wurden. Sie geben einen Überblick über aktuelle Entwicklungen der Parteien sowie über die Aktivitäten der KAS im Bereich der Parteienkooperation in Lateinamerika.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.13827/>



AFRICA BEYOND AID

Ein Afrika, das fremde Hilfe weder benötigt noch will, ist das Referenzmodell zweier Konferenzen, aus denen diese Publikation resultiert. Anstatt wachsende Finanzhilfen als Schlüsselstrategie für Entwicklung in den Blick zu nehmen, analysieren die Autoren die Effektivität von Modellen und Strategien der Entwicklungshilfe und untersuchen, was eine Kürzung oder sogar das Ende dieser Hilfen für Afrika bedeuten würden.

■ **Bezug:** www.thebrenthurstfoundation.org

JUSTICE – POLITICAL, SOCIAL, JURIDICAL



Dieses Buch betrachtet Gerechtigkeitskonzeptionen aus dem Blickwinkel verschiedener religiöser und kultureller Traditionen und verschiedener methodologischer Perspektiven (Geschichte, Theologie, Philosophie, Politische Theorie, Soziologie und Literaturkritik). Moderne indische Verfassungsgrundsätze werden mit diesen traditionellen Gerechtigkeitsvorstellungen in Beziehung gesetzt; wo dies zu Konflikten führt, wird ein reflektierter Ausgleich gesucht.

■ **Bezug:** www.sagepub.co.uk

ELITENKOOPERATION UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT



Seit Beginn ihrer internationalen Zusammenarbeit gehört sowohl die Förderung von jungen Menschen, die zur Elite von morgen gehören könnten, als auch die ausgewählte Kooperation mit Repräsentanten der bestehenden Elite in Entwicklungsländern zu den zentralen Aufgaben der KAS. Die vorliegende Studie soll als Orientierungshilfe dienen und neue Handlungsoptionen der KAS hinsichtlich der Kooperation mit Eliten beleuchten.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.13376/>

GLOBALISATION AND ECONOMIC SUCCESS



Was muss Afrika tun, um die Möglichkeiten, die sich dem Kontinent durch den internationalen Handel und den Zugang zu internationalen Märkten bieten, zu nutzen? Sollte es den afrikanischen Regierungen gelingen, auf eine solche Weise mit der Globalisierung umzugehen, die es auch den Bürgern ermöglicht, von der Weltwirtschaft zu profitieren, hätte dies eine enorme Armutsreduktion zur Folge. Dieses Buch ist das Produkt dreier Konferenzen, in deren Mittelpunkt die Frage stand, wie Afrika von internationalen wirtschaftlichen Möglichkeiten profitieren könne.

■ **Bezug:** <http://www.thebrenthurstfoundation.org>

EDUCATING LEADERS FOR SOCIAL TRANSFORMATION



Diese Publikation präsentiert die Ergebnisse einer Seminarreihe mit dem Titel „Armutsbekämpfung als Verantwortung der Eliten“, welche von der Don Bosco Jugend Dritte Welt (JDW) und der Don Bosco Mission (DBM) in Kooperation mit der KAS realisiert wurde. Das Projekt sollte vor allem den Beitrag der Bildung und Erziehung im Bereich der Sekundären und Tertiären Bildung stärken.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.13249/>